1001: Initiativantrag: Neue Orientierung für nachhaltigen Wohlstand und soziale Gerechtigkeit – Anforderungen an die neue Bundesregierung

Laufende Nummer: 100

Antragsteller_in:	DGB-Bundesvorstand
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Demokratie in Deutschland und Europa

Initiativantrag: Neue Orientierung für nachhaltigen Wohlstand und soziale Gerechtigkeit – Anforderungen an die neue Bundesregierung

Der DGB-Bundeskongress beschließt:

- 1 Wir leben in unruhigen Zeiten. Die Digitalisierung und der Klimawandel, die demografische
- 2 Entwicklung und die Globalisierung verändern unsere Gesellschaft und Wirtschaft. Unsere Demokratie
- 3 wird von Rechtspopulisten so stark in Frage gestellt wie seit Jahrzehnten nicht, wie es aber in
- 4 anderen europäischen Ländern längst an der Tagesordnung ist. Den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu
- 5 stärken ist vor diesem Hintergrund eine der wichtigsten Aufgaben für alle demokratischen Parteien
- 6 und auch für die Gewerkschaften.

- 7 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben in den Sondierungen und Koalitionsverhandlungen von
- 8 Union und SPD viele wichtige Themen durchgesetzt, die nun im Koalitionsvertrag stehen. Die
- 9 angekündigte Rückkehr zur Parität in der Gesetzlichen Krankenversicherung und die Einführung einer
- 10 Brückenteilzeit, das klare Bekenntnisse zu Reformen in der Renten- und Bildungspolitik und mehr
- 11 Investitionen in einen handlungsfähigen Staat sind wichtige Etappenziele und unsere Erfolge. Nun ist
- 12 eine schnelle Umsetzung spürbarer Verbesserungen und Entlastungen für die Menschen erforderlich, um
- 13 den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und den dumpfen, rassistischen Parolen der
- 14 Rechtspopulisten entgegenzuwirken. Erste wichtige Maßnahmen sind:

- 15 • die deutliche Stärkung öffentlicher Investitionen in den sozialen Wohnungsbau, in öffentliches
- 16 Personal, kommunale Infrastruktur, den Breitbandausbau, eine bessere Verkehrsinfrastruktur, den
- 17 Klimaschutz und Bildung muss schon im gerade vorgelegten Bundeshaushalt 2018 wirksam werden,

- 18 • der vom Bundeskabinett bereits beschlossene Abbau des Kooperationsverbots in der
- 19 Bildungspolitik muss zügig auch von Bundesrat und Bundestag beschlossen werden, damit die
- 20 versprochenen und dringend notwendigen Milliardeninvestitionen endlich ins Bildungssystem
- 21 fließen können,

- 22 • ein Sofortprogramm Pflege mit deutlich mehr als 8.000 neuen Stellen und besserer
- 23 flächendeckender, tariflicher abgesicherter Bezahlung,

- 24 • die Rückkehr zur Parität bei der Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung ohne die im
- 25 Gesetzentwurf der Bundesregierung enthaltenen Tricksereien,

- 26 • die Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus bei 48 Prozent und im weiteren Schritt ihre
- 27 Anhebung auf 50 Prozent sowie die Reform der Erwerbsminderungsrente,

- 28 • die rasche Einführung der angekündigten Brückenteilzeit, verbunden mit einem durchsetzbaren
29 Rechtsanspruch auf Aufstockung für Teilzeitbeschäftigte, wenn freie Arbeitszeitvolumina
30 existieren, sowie die Abschaffung von sachgrundloser Befristung und Kettenbefristungen,
- 31 • Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und Förderung eines sozialen
32 Arbeitsmarktes,
- 33 • die Novelle des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) im Sinne der Auszubildenden und die Einführung
34 einer Mindestausbildungsvergütung ab 2020 und
- 35 • die spürbare Anhebung der BAföGSätze, damit mehr junge Studierende gefördert werden, und
- 36 • Sprachkurse und bessere Beratung, um die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt zu
37 verbessern.

38 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern neben diesen kurzfristigen Maßnahmen auch
39 weitergehende Entscheidungen für gute Arbeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dazu gehören
40 zuallererst eine wirksame Stärkung der Tarifbindung, deutlich verbesserte Mitbestimmungsrechte und
41 verbrieft Rechtsansprüche für Beschäftigte für mehr Selbstbestimmung, Zeitsouveränität und eine
42 bessere Lebensplanung. Außerdem sollte die Bundesregierung zeitnah die geplante ressortübergreifende
43 Gleichstellungsstrategie erarbeiten und einen Aktionsplan für deren Umsetzung entwickeln, um
44 strukturelle Hemmnisse für Teilhabe von Frauen abzubauen.

45 *Für höhere Tarifbindung und mehr Mitbestimmung*

46 Eine erfolgreiche Umgestaltung der Arbeitswelt ist nur sozialpartnerschaftlich zu schaffen.
47 Ausgerechnet beim Ausbau von Tarifbindung und Mitbestimmung bleibt der Koalitionsvertrag weit hinter
48 den Erfordernissen zurück. Es finden sich zwar Ansätze für eine flächendeckende Anwendung von
49 Tarifverträgen in der Altenpflege. Aber das Ziel, die Tarifbindung generell zu erhöhen, wird
50 ausschließlich mit der Förderung „neuer Geschäftsmodelle“ verbunden - ohne zu sagen welche und wie
51 dies gelingen soll. Die zukunftsweisenden Tarifverträge der jüngsten Zeit belegen, wie die
52 Gewerkschaften den Wandel der Arbeitswelt erfolgreich gestalten. Tarifverträge dürfen nicht dazu
53 benutzt werden, gesetzliche Standards zu unterlaufen. Wir fordern stattdessen
54 Allgemeinverbindlicherklärungen generell zu erleichtern, die Nachwirkung von Tarifverträgen zu
55 stärken sowie die öffentliche Auftragsvergabe an die vollumfängliche Einhaltung von Tarifverträgen
56 zu binden.

57 Aber der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wollen mehr! Mit Mitbestimmung und Tarifverträgen für
58 bessere Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu sorgen, ist unser Ziel. Deswegen brauchen wir
59 stärkere Betriebs- und Personalräte und mehr Mitbestimmungsrechte bei der Arbeitsorganisation und
60 Qualifizierung, der Personalbemessung oder der Beschäftigungssicherung. Das laut Koalitionsvertrag
61 neu zu schaffende Initiativrecht für Betriebsräte bei Weiterbildungsthemen ohne Einigungszwang ist
62 völlig unzureichend und muss zu einem echten Initiativ- und Mitbestimmungsrecht ausgeweitet werden.
63 Zudem muss die Gründung von Betriebsräten erleichtert, das demokratische Wahlrecht bei
64 Betriebsratswahlen wirksam geschützt und die gezielte Behinderung von Betriebsratsarbeit scharf
65 sanktioniert werden. Alleine mit der Anhebung der Schwellenwerte für das vereinfachte Wahlverfahren
66 ist es längst nicht getan.

67 *Für Gute Arbeit – prekäre Arbeit überwinden*

68 Es gibt in Deutschland immer noch zu viel prekäre Beschäftigung. Sachgrundlose Befristungen und
69 Kettenbefristungen, Minijobs, Leiharbeit, der Missbrauch von Werkverträgen oder Arbeit auf Abruf und
70 Crowdwork erschweren Millionen Menschen eine verlässliche Lebensplanung und berufliche Entwicklung.
71 Wir fordern daher die neue Bundesregierung auf endlich die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass
72 prekäre Arbeitsbedingungen überwunden werden können. Ohne eine umfassende Strategie für Gute Arbeit
73 droht der vielfältige Wandel der Arbeit die gesellschaftliche Spaltung noch zu verschärfen. Es ist
74 daher völlig unverständlich, dass die Bundesregierung das Arbeitsrecht für ausgewählte
75 Beschäftigtengruppen aufweichen will. Genauso lehnen wir Experimente zu einer Aufweichung des
76 Arbeitszeitgesetzes ab, durch die die tägliche Arbeitszeit verlängert und Ruhezeiten flexibilisiert
77 werden.

78 *Für bessere Bildung in Zeiten rasanter Veränderungen*

79 Union und SPD haben wichtige bildungspolitische Forderungen der Gewerkschaften aufgegriffen: Die
80 Schulen sollen digital ausgestattet werden, der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung soll kommen,
81 die Kita-Qualität soll bundesweit verbessert werden und für berufliche Schulen ist eine
82 Investitionsoffensive geplant. Eine Mindestausbildungsvergütung soll im [Berufsbildungsgesetz](#)
83 verankert werden. Die Förderung von Meister-Kursen wird verbessert. Das [BAföG](#) wird erhöht und der
84 Bund steigt dauerhaft in die Finanzierung der Hochschulen ein.

85 Gute Bildung ist eine wichtige Voraussetzung für gute Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe. Der
86 Koalitionsvertrag gibt hier wichtige Impulse. Fällt das Kooperationsverbot und kommt der Nationale
87 Bildungsrat, können Bund, Länder und Kommunen endlich gemeinsam mit den Sozialpartnern eine
88 Bildungsstrategie aus einem Guss entwickeln. Das wäre ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem
89 modernen, kooperativen Bildungsföderalismus. Genauso dringend sind aber zusätzliche Investitionen
90 von Bund, Ländern und Kommunen in Gebäude, Netze und vor allem Lehrpersonal. Hierfür werden deutlich
91 mehr Mittel benötigt als bisher eingeplant.

92 Wer die Idee für ein „lebensbegleitendes Lernen“ endlich ernsthaft zu einer neuen Kultur entwickeln
93 will, darf nicht nur Sonntagsreden halten. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die
94 „Digitale Agenda“ in eine digitale Arbeits- und Bildungsstrategie umzuwandeln. Sie soll Jungen und
95 Mädchen, Frauen und Männer befähigen, im digitalen Wandel mitzuhalten.

96 *Für mehr Investitionen in einen handlungsfähigen Staat*

97 Wichtige Voraussetzungen für einen solidarischen und handlungsfähigen Staat ist erstens die
98 Einhaltung sozialer und ökologischer Standards bei der öffentlichen Auftragsvergabe (etwa die
99 verpflichtend vorgeschriebene Einhaltung von Tarifverträgen im Personenbeförderungsgesetz). Zweitens
100 brauchen wir mehr öffentliche Investitionen: mehr bezahlbarer Wohnraum, ein besseres Straßen- und
101 Schienennetz, Personalaufbau im öffentlichen Dienst und eine funktionsfähige Infrastruktur auch im
102 ländlichen Raum.

103 Der Koalitionsvertrag bleibt aber hinter den Anforderungen zurück: So ist es zwar begrüßenswert,
104 dass die Unterstützung des sozialen Wohnungsbaus der Länder nicht wie ursprünglich geplant 2019
105 enden, sondern in den folgenden zwei Jahren fortgeführt werden soll. Allerdings sind für diese zwei
106 Jahre nur jeweils eine Milliarde Euro vorgesehen statt der anderthalb Milliarden pro Jahr geplanten
107 wie bisher. Eine dauerhafte Beibehaltung dieses Niveaus wäre aus Sicht des DGB dringend
108 erforderlich.

109 Das ist lediglich ein Beispiel dafür, dass die Bekenntnisse im Koalitionsvertrag zu mehr
110 Investitionen voraussichtlich nicht ausreichen, um dem enormen Bedarf zu decken. Das gilt umso mehr,
111 als stets ein Finanzierungsvorbehalt gilt und am Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushalts
112 („Schwarze Null“) festgehalten wird. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften halten es aber für
113 sehr sinnvoll, investive Ausgaben auch über Kredite zu finanzieren. Investitionen sollten mittels
114 einer „Goldenen Regel“ von den Vorgaben der Schuldenbremse ausgenommen und Haushaltsüberschüsse
115 unmittelbar für Investitionen genutzt werden. Solche strukturellen Veränderungen zur dauerhaften und
116 verlässlichen Investitionsfinanzierung finden sich im Koalitionsvertrag genauso wenig wie Vorschläge
117 für ein gerechtes Steuersystem, das die Handlungsfähigkeit des Staates dauerhaft verbessert, dabei
118 die Beschäftigten entlastet und Vermögende und finanzstarke Unternehmen stärker in die Pflicht
119 nimmt. Die geplante Absenkung des Solidaritätszuschlags wird kontraproduktiv wirken, da sie der
120 unteren Hälfte der Einkommensbezieher nichts bringt und zu erheblichen Steuerausfällen führen wird.

121 *Für ein soziales Europa*

122 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften begrüßen ausdrücklich das Bekenntnis zu gegenseitiger
123 Solidarität und Investitionen im Europakapitel des Koalitionsvertrags. Insbesondere das Ziel,
124 effektiv gegen Lohndumping und soziale Ungleichheiten in einem europäischen Binnenmarkt vorzugehen,
125 unterstützen wir. Erfreulich ist außerdem, dass die Bundesregierung sich für spezifische
126 Haushaltsmittel im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen zur wirtschaftlichen Stabilisierung und
127 Förderung sozialer Konvergenz einsetzt. Aus Sicht des DGB würden diese Reformen einen echten
128 Kurswechsel in der Europa-Politik der Bundesregierung einleiten.

129 Doch auch hier gilt, dass den schönen Worten nun schnell messbare Taten folgen müssen. In der
130 Unionsfraktion mehren sich die Stimmen gegen eine Fiskalkapazität zur Stabilisierung der Eurozone
131 und konkrete Reformvorschläge zur Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion werden auf
132 die lange Bank geschoben. Mit Blick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 werden wir
133 uns für ein soziales Europa engagieren, in dem es nicht mehr möglich ist, unter dem Vorwand höherer
134 Wettbewerbsfähigkeit Lohn-, Sozial- und Steuerdumping zu betreiben.

135 *Für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und Europa*

136 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wollen den sozialen Zusammenhalt in Deutschland und Europa
137 stärken. Wir wollen den tiefgreifenden Wandel unserer Arbeitswelt gemeinsam mit allen demokratischen
138 Kräften in Politik und Gesellschaft im Sinne einer solidarischen, gerechten und weltoffenen
139 Gesellschaft gestalten. Dafür brauchen wir den Mut zu einem politischen Neuanfang. Wir fordern die
140 Bundesregierung deshalb nicht nur dazu auf, den Worten des Koalitionsvertrags schnellstmöglich Taten
141 folgen zu lassen, sondern die bestehenden Defizite des Koalitionsvertrags zu korrigieren – für eine
142 Politik des sozialen Fortschritts, für eine Politik, die sich glaubwürdig auf die Verbesserung der
143 Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen verpflichtet.